



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 24. Juni 2018

PRESSEINFORMATION

Qualität vor Schnelligkeit bei neuer Grundsteuer:

Witzel widerspricht OB Kufen und weist auf gravierende Konsequenzen hin

Angesichts der aktuellen Äußerungen von Oberbürgermeister Thomas Kufen zur Grundsteuerreform warnt Essen FDP-Parteivorsitzender und Landtagsabgeordneter Ralf Witzel vor den gravierenden Konsequenzen einer falschen Modellentscheidung, die für zahlreiche Essener Bürger zu einer Kostenexplosion führen dürfte. Die FDP mahnt daher eindringlich die notwendige Sorgfalt bei der Auswertung und Umsetzung des aktuellen Verfassungsgerichtsurteils an. Bei dieser Systemreform müsse Qualität vor Schnelligkeit gehen.

Witzel ist daher höchst erstaunt, daß OB Kufen das sogenannte „Bundesratsmodell“ für eine „gute Grundlage“ hält: „Dieses Modell erfordert eine bürokratische und rechtlich anfechtbare Kostenwertermittlung für alle Immobilien. Daher wird dieses Modell bislang auch weder von der Landesregierung noch von Bundesfinanzminister Olaf Scholz favorisiert. Als bisheriger Hamburger Bürgermeister hat sich dieser sogar entschieden gegen diese Modellvariante gewehrt, da sie die Gefahr einer Kostenexplosion für großstädtische Ballungsräume mit sich bringt. Im Ergebnis würden Modernisierungsmaßnahmen zugunsten einer Quartiersaufwertung oder der Wohnraumqualität wie eine energetische Sanierung zum Nachteil für Mieter und Eigentümer werden. Das Resultat einer Grundsteuerreform dürfen aber weder Fehlanreize noch wirtschaftliche Überforderung der Essener Bevölkerung sein. Da die Grundsteuer B auch zu Lasten der Mieter umlagefähig ist, sollten alle Konsequenzen der verschiedenen Modellvorschläge gründlich bedacht und berechnet werden wie dies jetzt eine länderoffene Arbeitsgruppe macht. Oberste Priorität hat für uns eine rechtssichere, faire und aufkommensneutrale Ausgestaltung der neuen Grundsteuer.“

Für Witzel ist es ebenso wie für den Essener FDP-Fraktionsvorsitzenden Hans-Peter Schöneweiß eine schlichte Selbstverständlichkeit, daß jedes denkbare neue Grundsteuermodell von Verwaltungsseite in dem vom Verfassungsgericht verfüigten Zeitrahmen umgesetzt werden kann. „Einen durch administrative Probleme verursachten Steuerausfall von jährlich rund 130 Millionen Euro kann sich unsere Stadt nicht leisten. Die von uns verfolgte Aufkommensneutralität bedeutet aber zugleich, daß die Belastung insgesamt für die Essener Bevölkerung nicht höher ausfallen darf. Wir wollen Planungssicherheit für die Stadtfinanzen, aber ebenso sicherstellen, daß nicht etliche Bürger durch eine stark wachsende Steuerbelastung zur Aufgabe ihres angestammten Wohnumfelds gezwungen werden“, erklärten beide FDP-Politiker gemeinsam.